

Von: [Yüksel Gülistan Mitarbeiter 05](#)
An: antwort@rentenpolitikwatch.de
Thema: AW: RENTENPOLITIK-WATCH bittet um Antwort
Datum: Donnerstag, 2. Juni 2016 16:33:52
Anlagen: [Rentenpolitikwatch_Antwort.docx](#)
[_____](#)
[_____](#)
[_____](#)
[_____](#)
[_____](#)
[_____](#)
[_____](#)
[_____](#)

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Auftrag von Frau Yüksel, MdB, übersende ich Ihnen ihre Antworten zur Rentenpolitik.

Mit freundlichen Grüßen

Edip Uzun

Studentischer Mitarbeiter

Gülistan Yüksel
Mitglied des Deutschen Bundestages

Postanschrift: Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Besucheranschrift: Jakob-Kaiser-Haus, Dorotheenstr. 101, 10117 Berlin

Tel. 030/227 73556

Fax: 030/227 76554

www.guelistan-yueksel.de

www.facebook.com/guelistanyueksel

Von: kontakt@rentenpolitikwatch.de [<mailto:kontakt@rentenpolitikwatch.de>]

Gesendet: Sonntag, 10. April 2016 23:50

An: Yüksel Gülistan <guelistan.yueksel@bundestag.de>

Betreff: RENTENPOLITIK-WATCH bittet um Antwort

Frau Gülistan Yüksel
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Betreff: Bitte um Auskunft über Ihre rentenpolitischen Ziele

Sehr geehrte Frau Yüksel,

Sie sind Abgeordnete des Bundestages bzw. kandidieren zur Bundestagswahl im Herbst 2017.

Ein immer dringender werdendes Problem, das bundespolitisch zu lösen ist, wird die Abwehr von millionenfacher Altersarmut bzw. die Verhinderung der Lebensstandardsenkung für alle heutigen und zukünftigen RentnerInnen sein. Diese Problematik betrifft weit über 90% der Bevölkerung in unserem Land. Es handelt sich also keinesfalls um ein Randproblem.

Um hier Transparenz über die Positionen der Abgeordneten bzw. KandidatInnen zum Bundestag herzustellen und den WählerInnen Entscheidungshilfe zu geben, richten wir die folgenden Fragen an

1. *Lebensstandard im Alter sichern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?*

Teilweise. Der demografische Wandel bringt große Herausforderung für Deutschland. Daher ist eine Reihe von Maßnahmen nötig, um die Lasten bei der Alterssicherung zwischen den Generationen gerecht zu verteilen.

Deshalb brauchen wir sowohl die Stärkung der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente als auch eine möglichst flächendeckende kapitalgedeckte betriebliche Altersvorsorge. Zu ersterem gehört auch eine Stabilisierung der Rentenversicherung mit Hilfe zusätzlicher Steuermittel. Letzteres muss stärker als bisher durch die Sozialpartner (Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften) organisiert und mit einer stärkeren Einbeziehung von Geringverdienern verbunden werden. Ein Rentenniveau wie vor 1990 werden wir allenfalls auf Basis dieser beiden Säulen der Alterssicherung wieder erreichen können.

2. *Altersarmut verhindern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?*

Ja. Altersarmut hat vielfältige Ursachen. Insbesondere Arbeitslosigkeit, Familienphasen, geringfügige Beschäftigung, langanhaltende Teilzeitbeschäftigung und Selbständigkeit sind Gründe für Altersarmut. Hinzu kommt das Armutsrisiko Niedriglohn. Wir müssen also an unterschiedlichen Stellen ansetzen, um Altersarmut zu verhindern: Dabei gilt in erster Linie der Zusammenhang gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente. Deshalb haben wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten den gesetzlichen Mindestlohn durchgesetzt. Deshalb versuchen wir, die Tarifbindung wieder zu stärken. Deshalb verbessern wir die Bedingungen für gleiche Teilhabe von Frauen am Arbeitsleben. Wir fordern: Gleicher Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit – für Frauen und Männer ebenso wie für Beschäftigte in der Leiharbeit! Aber auch in der Rentenpolitik wurden und werden in dieser Legislaturperiode wichtige Schritte zur Bekämpfung von Altersarmut unternommen. Dies gilt für Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente, für die Stärkung von Prävention und Rehabilitation und für die im Koalitionsvertrag verabredete Einführung der solidarischen Lebensleistungsrente. Damit werden kleine Renten durch Steuermittel aufgewertet.

3. *Erwerbstätigenversicherung: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?*

Ja. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen wir uns für eine möglichst umfassende Einbeziehung aller Beschäftigten in die sozialen Sicherungssysteme – also auch in die Rentenversicherung – gemäß dem Konzept einer Erwerbstätigenversicherung ein. Allerdings kann das nur schrittweise gelingen. Denn zum einen ist das Berufsbeamtentum in Deutschland verfassungsrechtlich geschützt. Zum anderen hat die gesetzliche Rentenversicherung in der Vergangenheit bestimmte Gruppen von Selbständigen und Freiberuflern nicht einbezogen, weshalb sich in vielen Berufen berufsständische Versorgungswerke gegründet haben. Deshalb sollten wir den Fokus in erster Linie auf die Einbeziehung von Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung richten, die nicht in einem berufsbezogenen Versorgungswerk pflichtversichert sind.

Daneben sollten neue Beamtenverhältnisse nur in solchen Bereichen entstehen, in denen das unbedingt notwendig ist: Justiz, Polizei, Justizvollzug. Beispielsweise Lehrerinnen und Lehrer oder Professorinnen und Professoren müssen nicht unbedingt verbeamtet werden.

4. *Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken: Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzierung der gRV umgeleitet werden?*

Ja. Versicherungsfremde Leistungen und gesamtgesellschaftliche Aufgaben sind konsequent und vollständig aus Steuermitteln zu finanzieren. Hier hat sich durch die Regierungsverantwortung der SPD bereits viel getan. Zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen, die im Rahmen der deutschen Einheit entstanden sind, hat Rot-Grün Steuermittel aus der Ökosteuer bereitgestellt. Dennoch gibt es hier weiterhin eine Finanzierungslücke, insbesondere für die Anerkennung von Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder (Mütterrente). Diese Lücke muss geschlossen werden. Damit kann auch das Rentenversicherungssystem insgesamt stabilisiert werden. Dennoch bedarf es auch weiterhin einer zweiten kapitalgedeckten Säule der Alterssicherung, für die auch eine Förderung vor allem für Geringverdiener erforderlich ist. Diese sollte stärker auf die betriebliche Altersversorgung ausgerichtet und zielgenauer ausgestaltet werden.

5. *Rentenpolitische Fehler korrigieren: Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/ Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- mit West-Renten?*

Teilweise. Rentenpolitische Entscheidungen der Vergangenheit müssen immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden. Die Anpassung und Weiterentwicklung unseres Systems der Alterssicherung ist eine ständige Aufgabe der Politik. Das Problem der Zwangsverrentung von Hartz-IV-Beziehenden soll noch in dieser Legislaturperiode behoben werden. Die Anpassung von Ost- und Westrenten in einem System hat die SPD in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt. Die versprochene Umsetzung muss nun auch kommen. Da sich die Riester-Rente in ihrer jetzigen Form nicht bewährt hat, brauchen wir neben der Stärkung der gesetzlichen Rente eine grundsätzliche Reform der kapitalgedeckten Alterssicherung. Dabei setzt die SPD vor allem auf eine stärkere Verbreitung der arbeitgeberfinanzierten betrieblichen Altersvorsorge – organisiert durch die Sozialpartner und mit einer besseren Förderung von Geringverdienern.